

SoVD setzt im Expertenbeirat Impulse für eine Reform

Endlich mehr Zeit für Pflege?

Fortsetzung von Seite 1

Hinzu kommt die Schwierigkeit, dass einzelne Leistungen bisher nach starren Zeitvorgaben bemessen werden. Auf individuelle Unterschiede der Pflegebedürftigen kann dadurch nur schwer Rücksicht genommen werden.

Vorschläge für eine Reform

Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit hat sich seit 2012 ein Exper-

tenbeirat mit der Gestaltung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs befasst. Der nun vorliegende Abschlussbericht sieht unter anderem vor, die bestehenden drei Pflegestufen durch insgesamt fünf Pflegegrade zu ersetzen. Dies würde den Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung für die Menschen erleichtern, die zwar einen Pflegebedarf haben, bisher jedoch nicht die Kriterien für die Pflegestufe I erfüllen.

Vor allem aber soll ein neues Begutachtungssystem stärker auf die Bedürfnisse von Menschen mit kognitiven oder psychischen Störungen eingehen. Ausschlaggebend soll nicht mehr die benötigte Zeit, sondern der individuelle Grad an Selbstständigkeit sein.

Betreuung als Regelleistung

Ein weiterer Vorschlag des Expertenbeirats geht zurück auf eine langjährige Forderung

des SoVD. Demnach soll künftig auch die Betreuung zu den Regelleistungen der Pflegeversicherung gehören. Auch dies wäre eine wichtige Entlastung für direkt Betroffene und für Angehörige.

Die Politik muss handeln

Der Bericht der Fachleute gibt der Politik klare Empfehlungen vor und sieht ebenfalls

eine Übergangsregelung vor. Danach würde sich auch nach der Umstellung auf ein neues System niemand, der bereits jetzt Leistungen aus der Pflegeversicherung erhält schlechter stellen. Es ist daher an der neu gebildeten Bundesregierung, endlich zu handeln und die dringend notwendige Reform auf den Weg zu bringen.

Joachim Baars



Interview

Reform duldet keinen Aufschub

Karl-Dieter Voß gehörte bis 2010 dem Vorstand des GKV-Spitzenverbandes an. Für den SoVD-Bundesverband engagiert er sich im Sozialpolitischen Ausschuss und im Arbeitskreis Pflege. Als Vorsitzender eines Expertenbeirats war Karl-Dieter Voß bis vor Kurzem zudem mit der Ausgestaltung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs befasst. Mit der SoVD-Zeitung sprach er über die Notwendigkeit von Reformen und Verbesserungen für Betroffene und deren Angehörige.

— Schon 2009 beschäftigte sich eine Kommission mit dem Begriff der Pflegebedürftigkeit. Waren deren Ergebnisse nicht ausreichend?

Die damaligen Berichte waren gut und richtig, einige Fragen blieben jedoch offen. Nachdem die Politik trotz entsprechender Empfehlungen nicht handelte, habe ich gerne zugesagt, den Expertenbeirat zu moderieren, um bestehende Lücken zu füllen.

— Eine dieser Lücken war der Bereich der Betreuung.

Wir empfehlen im Rahmen einer Reform der Pflegeversicherung Betreuung als eigenständige Leistung vorzusehen. Diese käme konkret denjenigen zugute, die bisher unzureichend oder gar nicht erfasst wurden.

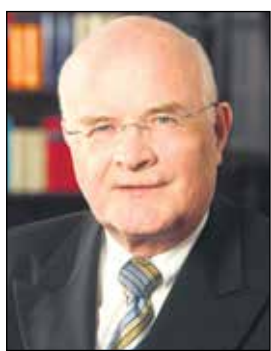


Foto: GKV-Spitzenverband
Karl-Dieter Voß

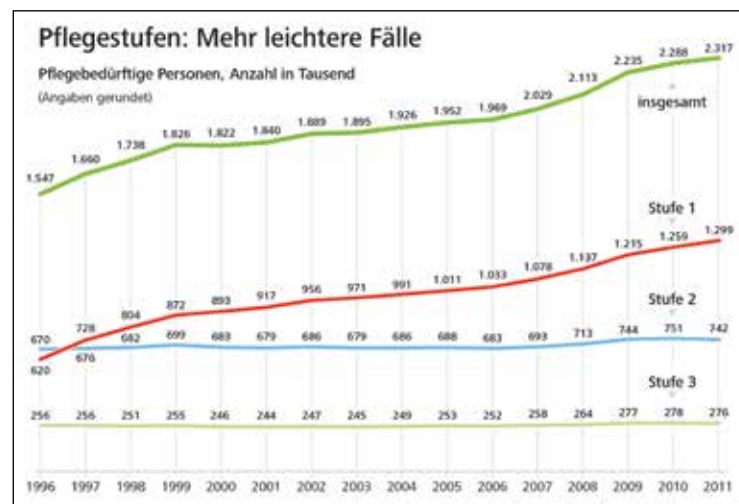
Dazu gehören Menschen mit einer demenziellen oder psychischen Erkrankung sowie Personen mit einer geistigen Behinderung.

— Bisher wurde der Bedarf in Zeiteinheiten gemessen. Gehört die Pflege mit der Stoppuhr der Vergangenheit an?

So sieht es der Bericht des Expertenbeirats vor. Maßstab wäre demnach der individuelle Grad der Selbstständigkeit. Damit knüpfen wir auch an die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention an sowie an die Regelungen im Sozialgesetzbuch IX zur Rehabilitation.

— Innerhalb des Beirats mussten Sie als Moderator unterschiedliche Meinungen einbeziehen. Gibt es etwas, das Sie sich im Ergebnis noch gewünscht hätten?

Na klar, da bin ich immer ungeduldig. Ich hätte mir zum Beispiel ein persönliches Budget vorstellen können, wie es das im Bereich Rehabilitation bereits gibt. Dadurch könnten Betroffene und Angehörige über den Ort und den Inhalt



Grafik: Bundesministerium für Gesundheit, Barmer GEK Pflegereport 2012

Hoher Bedarf: Vor allem in der Pflegestufe I (rote Linie) ist die Zahl der pflegebedürftigen Menschen stark gestiegen.

von Pflege stärker selbst bestimmen.

— Was antworten Sie denen, die schlicht nach mehr Geld verlangen?

Was nützen denn materiell bessere Pflegeleistungen, wenn ich diese Leistungen vor Ort gar nicht bekomme? Etwa weil es keine Anbieterstrukturen und keine Pflegekräfte gibt. Ich denke, da sind die Länder und die Kommunen gefordert. Sie müssen quartiersbezogen entsprechende Angebote schaffen, damit Angehörige im Bereich häuslicher Pflege entlastet werden, etwa durch Tagespflege. Es darf also nicht immer nur

zulasten Pflegender gehen, mit der Folge, dass diese schließlich selbst zum Pflegefall werden.

— Denken Sie, dass die neue Bundesregierung das Problem anpackt oder wird noch eine Kommission eingesetzt?

Ich bin zuversichtlich, dass die Politik unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit erkannt hat, dass eine Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs keinen Aufschub mehr zulässt. Die Ausrede, man habe nicht genügend Material um tätig werden zu können, gibt es nach dem Bericht des Expertenbeirats zumindest nicht mehr. Joachim Baars

SoVD-Magazin

Seit Kurzem können Sie sich über sozialpolitische Themen auch digital informieren. Hierfür gibt es seit September das SoVD-Magazin. Es bereitet einzelne Berichte und Schwerpunktthemen aus der Mitgliederzeitung so auf, dass Sie diese problemlos am Bildschirm Ihres Computers oder auf mobilen Endgeräten lesen können.

Bitte beachten Sie, dass es das SoVD-Magazin nicht in gedruckter Form gibt und dass es auch keinen Ersatz für die SoVD-Zeitung darstellt. Diese erscheint weiterhin in bewährter Form. Das Magazin finden Sie jeweils zum Ende des Monats auf unserer Homepage unter www.sovd.de.



SoVD stellt Forderungen an die neue Bundesregierung

Fehlentwicklungen korrigieren

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) hat die politischen Parteien dazu aufgefordert, akute Fehlentwicklungen in der Sozialpolitik zu korrigieren. „Die Politik darf nicht länger einen Berg unerledigter Aufgaben vor sich herschieben“, erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer anlässlich der Koalitionsverhandlungen von Union und SPD.

Insbesondere bei den Themen Rente, Pflege und Menschen mit Behinderung müsse die neue Bundesregierung handeln und verlorenes Vertrauen zurückgewinnen, so der SoVD-Präsident.

Als vorrangig bezeichnete Adolf Bauer ein wirksames Konzept gegen Altersarmut (siehe auch Berichterstattung auf Seite 5). „Die aktuellen Er-

hebungen über den Anstieg der Zahl älterer Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, schockieren. Es müssen grundlegende Weichenstellungen bei der Rente vorgenommen werden.“ Als ebenfalls vordringlich bezeichnete Bauer die Einführung einer Mütterrente sowie „eine Politik, die für faire Chancen behinderter Menschen am Arbeitsmarkt

sorgt.“ Der Verbandspräsident betonte zudem, dass eine umfassende Pflegereform zur Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen rasch in Angriff genommen werden müsse. Unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung einer neuen Regierung gehörten die drängendsten sozialpolitischen Herausforderungen sofort auf den Tisch.